

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur 64. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

**Geburtstag** feiert hier und heute unsere Vizepräsidentin und Kollegin **Angela Freimuth** von der Fraktion der FDP. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch, alles Liebe, alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, muss ich im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde zum Thema „Bundesumweltministerin Svenja Schulze legt Plan für sozialverträgliche Ausgestaltung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung vor – Landesregierung muss beim Klimaschutz Farbe bekennen“ heute noch eine **nichtförmliche Rüge** aussprechen.

Sie betrifft den Abgeordneten Herrn **Ralph Bombis** von der Fraktion der FDP. Herr Abgeordneter Bombis hat sich in seiner Rede zu Tagesordnungspunkt 1 unparlamentarisch verhalten, indem er sich gegenüber einem Angehörigen der AfD-Fraktion unparlamentarisch geäußert hat. – Danke schön.

Damit treten wir in die heutige **Tagesordnung** ein.

(Unruhe – Glocke)

Ich rufe auf:

**1 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 17/1831 und  
Vorlage 17/1832

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für Wirtschaft,  
Energie und Landesplanung  
Drucksache 17/6791

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/6863

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/6788

Entschließungsantrag  
der Fraktion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/6850

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Rehbaum das Wort.

**Henning Rehbaum\*** (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem neuen Landesentwicklungsplan geben wir den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, dem Wohnungsbau, den großen Städten, den kleinen Dörfern und allen, die das Land fit für die Zukunft machen wollen, neue Möglichkeiten. Wir geben NRW ein wertvolles Stück Freiheit und Flexibilität zurück.

(Beifall von der CDU und der FDP)

An dieser Stelle möchte ich mich beim Ministerium von Professor Pinkwart, insbesondere Frau Dr. Renz und ihrem Team, herzlich bedanken für die großartige Arbeit für den LEP, den wir in Rekordzeit fertigstellen konnten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit der Regierungsübernahme haben wir große Herausforderungen vorgefunden, auf die ein Landesentwicklungsplan Antworten geben muss: Wohnungsmangel in Städten und ganzen Regionen, Unternehmen, die vor Ort in Innovationen und neue Arbeitsplätze investieren wollen und nicht dürfen, oder ein allzu rigider Ausbau der Windkraft in einigen Landesteilen, der unzählige Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen hat.

Das ist die Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün in NRW: zu wenig Investitionen in Arbeitsplätze und viel zu wenig Wohnungsbau.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Menschen in unseren Großstädten bekommen gerade schmerzlich zu spüren, was rot-grüne Landesplanung bedeutet: Mietpreisexplosion, Häuser-schluchten, Verkehrskollaps und schlechte Luft.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ich glaube es nicht!)

Doch es kommt noch schlimmer: Dörfern unter 2.000 Einwohnern hat Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen schlicht verboten, zu wachsen.

Das Beispiel von Alverskirchen im Kreis Warendorf zeigt es: ein Dorf mit 1.980 Einwohnern, direkt an der Stadtgrenze zu Münster, eine Riesennachfrage nach Wohnraum auch aus der Stadt Münster, und der rot-grüne Landesentwicklungsplan verbietet die Ausweisung von Baugebieten.

Der Bericht des Bürgermeisters in der Sachverständigenanhörung war erschütternd; das kann so nicht weitergehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch in Nordrhein-Westfalen greift die Landflucht um sich. Dörfer veröden, ländliche Gemeinden überaltern. Eltern bangen um die Existenz der letzten Grundschule im Dorf,

(Unruhe – Glocke)

Vereine bemühen sich um Mitglieder, Handwerkern gehen die Fachkräfte aus. Die Kreativität der Bürgermeister, Familien in die Dörfer zu locken, kennt keine Grenzen.

Und was macht Rot-Grün? – Nach Gutsherrenart verbietet man den Dörfern, zu wachsen, enttäuscht Familien und Mittelständler, die in ihrem Heimatort bauen wollen, und zwingt noch mehr Menschen in die überfüllten Städte.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Rot-Grün lässt die Dörfer im Stich und erhöht den Druck auf die Städte massiv. Das muss ein Ende haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir beschließen heute einen Landesentwicklungsplan, der wieder positive Entwicklungen ermöglicht. Wir ermöglichen den ländlichen Gemeinden, endlich wieder zu wachsen, und freuen uns über viele Familien in unseren Dörfern.

Wir ermöglichen den Städten das, was am besten gegen Wohnungsnot hilft, nämlich bauen, bauen, bauen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir geben mittelständischen Unternehmen, die sich vor Ort ansiedeln oder erweitern wollen, Flexibilität und Schnelligkeit zurück. Arbeitsplätze, Innovationen und Wirtschaftswachstum bekommen wir, wenn wir Unternehmen mit offenen Armen empfangen. Der neue, bessere Landesentwicklungsplan ist dafür ein wichtiger Baustein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum sensiblen Thema „Fläche“: Unter Rot-Grün ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche in die Höhe geschossen trotz eines symbolischen Fünf-Hektar-Grundsatzes im alten LEP.

(Zuruf von der SPD)

Wir verzichten auf diese halbherzige Symbolpolitik und schnüren stattdessen ein konkretes Maßnahmenpaket zum Flächensparen

(Zurufe von der SPD)

unter Federführung von Umweltministerin Heinen-Esser.

(Beifall von der CDU und der FDP – Thomas Kutschaty [SPD]: Genau das Gegenteil! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der größte Treiber bei der Flächeninanspruchnahme sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

(André Stinka [SPD]: Genau!)

Nach einer Berechnung der IHK gehen rund 80 % der der Landwirtschaft entzogenen Flächen nicht etwa für die Bebauung, sondern für die Schaffung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen drauf.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt Beispiele von 8 ha Straßenfläche und über 60 ha Ackerland für Kompensation. Das ist doch Wahnsinn; damit muss Schluss sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Gestatten Sie ihn?

**Henning Rehbaum<sup>\*)</sup>** (CDU): Baulücken besser nutzen, Bahnhofs-, Industrie- und Gewerbebrachen nutzbar machen, Ökopunkte zur Qualitätsverbesserung bestehender Biotop- und Gewässer nutzen, Artenschutz und Flächenausgleich auf gemeinsamen Parzellen, Vertragsnaturschutz –

(Zuruf von der SPD: Können wir doch alles machen! Ist doch kein Problem!)

es gibt gute Instrumente, den Flächenverbrauch wirksam zu reduzieren, Investitionen in Wohnungen, Arbeitsplätze und Verkehrswege dennoch zu ermöglichen und guten Naturschutz zu machen. Wir werden diese Instrumente nutzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Flächensparen ist auch beim Rohstoffabbau angesagt. Bevor neue Flächen für den Kiesabbau erschlossen werden, ist es die Pflicht und Schuldigkeit der Unternehmen, angefangene Flächen wirklich vollständig auszukieseln.

Durch den engagierten Einsatz der Abgeordneten von CDU und FDP in den Kreisen Wesel und Kleve hat die Koalition im Mai-Plenum gefordert, das Abgrabungsmonitoring zu schärfen und weitere konkrete Maßnahmen in Auftrag zu geben, um die unter Rot-Grün ausgefertigte Ausweisung von Kiesgruben wieder einzudämmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schon wenige Wochen später konnten wir in der „Rheinischen Post“ lesen, dass in einem Baggerloch in Rees zusätzliche 2,2 Millionen m<sup>3</sup> Kies und Sand entdeckt wurden und mit neuer Technik gefördert werden können, ohne dass dafür auch nur eine neue Fläche begonnen werden müsste. Geht doch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Grünen vor Ort haben die flächenschonende Nutzung dieses riesigen Rohstoffpotenzials übrigens abgelehnt. Es ist wie so oft: Wenn es darauf ankommt, schlagen sich die Grünen in die Büsche.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

CDU und FDP nehmen die kiesabbauenden Unternehmen in die Pflicht, angefangene Baggerlöcher komplett bis zur letzten Tonne auszuschöpfen.

(Zurufe von der SPD – Unruhe bei den GRÜNEN)

Außerdem wollen wir mehr Recyclingstoffe einsetzen, um die natürlichen Rohstoffquellen zu schonen.

(Unruhe – Glocke)

Damit Bürger, Landwirtschaft und Umweltverbände bei der Auswahl von Rohstoffabbauelfeldern auch im RVR-Gebiet frühzeitig und auf Augenhöhe beteiligt werden, wollen wir verpflichtende Abgrabungskonferenzen nach dem Vorbild der Bezirksregierung Köln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die grüne Planungsverwaltung des RVR täte übrigens gut daran, die Sorgen der Bürger endlich ernst zu nehmen und Abgrabungskonferenzen durchzuführen.

(Michael Hübner [SPD]: Wir wissen schon, dass Sie in der Koalition mit den Grünen sind!)

Die Bürger mitnehmen müssen wir auch in der längst begonnenen Energiewende. Neben Millionen Dächern soll Photovoltaik flächenschonend deswegen auf Brachen, Halden, Konversionsflächen und entlang von Autobahnen und überregionalen Bahnstrecken sowie auf Gewässern möglich werden.

Wir streichen kontraproduktive KWK-Mindestwirkungsgrade und wollen beim Neubau von Windenergieanlagen einen gesunden Ausgleich von Ausbauzielen und den Interessen der Anwohner.

Die Energieversorgungsstrategie der Landesregierung, die diese Woche vorgestellt worden ist, zeigt: Wir meinen es mit der Energiewende ernst, und wir laden die Bürger ein, den Ausbau der Erneuerbaren, der Stromleitungen und der -speicher aktiv zu unterstützen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Norwich Rüße [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke)

Auch die wohl absurdste Vorschrift im rot-grünen Landesentwicklungsplan streichen wir: die Errichtung von Tierställen nur noch in Gewerbegebieten. Was um alles in der Welt haben Schweine, Rinder, Huhn und Hahn in städtischen Gewerbegebieten verloren?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bitte schreiben Sie sich das noch einmal auf, damit Sie es verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Nutztiere gehören nicht in Gewerbegebiete; sie gehören auf den Bauernhof.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Mehr Wohnungen für die Menschen, flexiblere Ansiedlungsmöglichkeiten für Unternehmen und Arbeitsplätze vor Ort, die Stärkung der Dörfer, die Entlastung der Städte, Rohstoffversorgung für Wohnungs- und Verkehrswegebau mit Augenmaß und mehr Planungssicherheit sowie die Versöhnung von Energiewende, Wirtschaft, Flächenverbrauch und Anwohnerschutz:

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das sind unsere Ideen für eine gute Entwicklung von Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Rehbaum. – Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Herter das Wort.

**Marc Herter\*** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Rehbaum, wenn man Ihnen in den letzten Minuten zugehört hat, fragt man sich schon: In welchem Land lebten wir eigentlich bisher,

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

bis wir jetzt endlich davon beglückt werden, dass alle Bremsen gelöst werden, dass sich dieses Land bisher nicht entwickeln konnte?

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Man muss aber leider sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sie regieren in diesem Land seit zwei Jahren

(Zurufe von der CDU)

und halten seit zwei Jahren die Redebeiträge hier im Hohen Hause, die besagen: Die Wirtschaft, die Flächen, die Kommunen, die Entschuldung – alles läuft.

(Zuruf von der FDP)

Ist das alles falsch, was Sie uns in zwei Jahren versucht haben, weiszumachen?

(Beifall von der SPD)

Wird es denn erst jetzt losgehen?

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nur eines von beidem stimmen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Ihre – das gebe ich schon zu – sehr atemberaubende Entfesselungsrhetorik, Ihre Wunderwaffe, die Sie hier präsentieren, und diese Ideologie mit dem simplen Glauben, man überlasse einfach alles sich selbst, dann werde es sich schon regeln

(Zuruf von der CDU)

– ich sage das gerne –, falsch sind. Das Land wird sich nicht gut entwickeln,

(Beifall von der SPD)

wenn die Politik die Verantwortung für die Landesentwicklung nicht wahrnimmt.

(Zuruf von der FDP)

Mehr noch: Sie – und da kann man miteinander durchaus einig sein – schrauben nicht nur bürokratische Regelungen – wie übrigens auch die letzte Landesregierung – zurück.

(Bodo Löttgen [CDU]: Bitte?)

Sie schrauben nicht nur – wie auch die letzte Landesregierung – überbordende Bürokratie – übrigens mit Ihrer Zustimmung in diesen Punkten – zurück. Wir können uns die Plenarprotokolle dazu gerne ansehen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie meinen die letzte CDU/FDP-geführte Landesregierung!)

Nein, Sie schleifen Regelungen, die die sozial verträgliche Entwicklung, die ökologische Entwicklung und die gesellschaftliche Akzeptanz in diesem Land betreffen. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Beifall von der SPD)

Entfesselung ist da eben nur eine neue Chiffre für die alte Ideologie: „Privat vor Staat“ – nicht mehr, nicht weniger.

(Beifall von der SPD)

Die Erfolge Ihres ersten Entfesselungspakets, das ja schon länger durch diesen Landtag gegangen ist,

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

nehmen sich relativ bescheiden aus.

Hier wurde gerade viel darüber gesprochen, dass Wirtschaftsentwicklung wieder ermöglicht werden soll. Das war Ihr Anspruch auch beim ersten Entfesselungspaket.

Wir hatten vor gut zwei Wochen die Gelegenheit, den Konjunkturbericht des RWI zu erhalten. Dieser Konjunkturbericht spricht von 0,7 % Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 und von 0,9 % im zurückliegenden Jahr 2018 – einzig und allein dadurch aufrechterhal-

ten, dass sich die Konsumnachfrage und die Bauwirtschaft positiv entwickeln – nicht der Bereich der Industrieproduktion und nicht der Bereich der Vorproduktion.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Ihre Ideologie führt leider eben nicht dazu, Herr Rehbaum, dass sich dieses Land gut entwickelt, sondern sie führt dazu, dass dieses Land bei diesen wesentlichen Fragen nicht vorankommt; sie ist wirkungslos.

(Zuruf von der CDU)

Die Beschäftigungsverhältnisse entwickeln sich positiv in den Bereichen Dienstleistungen, Konsum und Staat. Nichts von alledem ist jedoch in Ihren Entfesselungspaketen angesprochen.

(Beifall von der SPD)

Dann sind Sie auf den Wohnungsmangel eingegangen. Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, dass Sie argumentieren, der Wohnungsmangel in Nordrhein-Westfalen sei darauf zurückzuführen, dass wir in diesem Land zu wenig Flächenbevorratung an allgemeiner Siedlungsfläche hätten.

Ich sage Ihnen: Der Wohnungsmangel in Nordrhein-Westfalen ergibt sich vor allem in den großen Städten und nicht in Albersloh, wie Sie das hier gerade deutlich gemacht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Trend zur Urbanisierung wird sich nicht dadurch aufhalten lassen, dass Sie zusätzliche Flächen in kleinen und kleinsten Gemeinden ausweisen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Der Trend zur Urbanisierung wird sich aufhalten lassen, wenn in diesem Land endlich eine ordentliche Mobilität möglich ist,

(Beifall von der SPD)

die Menschen an ihren Arbeitsplatz gelangen, die Menschen sich in diesem Lande bewegen können. Darüber können wir uns hier gerne unterhalten.

(Zuruf von der CDU)

Er wird sich vor allem auch nicht an der Frage zusätzlicher Flächen entscheiden, sondern er wird sich vor allem an der Frage entscheiden, dass bereits als allgemeine Siedlungsgebiete ausgewiesene Flächen entsprechend erschlossen werden können. Das ist doch die gemeinsame Herausforderung, die wir haben. Das ist die kommunale Herausforderung, aber auch die auf Landesebene.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich will drei konkrete Punkte ansprechen:

Das Fünf-Hektar-Ziel ist in der Tat der erste, der Erwähnung finden muss. Über Jahre hinweg sind die

CDU-Kollegen übers Land gezogen und haben das Fünf-Hektar-Ziel als wesentliches Entwicklungshemmnis hier im Lande Nordrhein-Westfalen gebrandmarkt.

In der Begründung steht drin, es solle gestrichen werden, weil es unwirksam sei.

Eines von beiden kann nur stimmen: Entweder es ist eine unwirksame Regelung, oder es hat die Entwicklung im Lande aufgehalten.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen sich entscheiden, was es sein soll.

Trotz aufwendiger Suche wollte Ihnen übrigens kaum ein Beispiel einfallen, an dem Sie das festmachen konnten, an dem Sie eine nicht stattgefundene Entwicklung aufgrund des Fünf-Hektar-Ziels festmachen konnten.

Wir bleiben bei unserem Bekenntnis zum Flächensparen, das Herr Rehbaum hier gerade wiederholt hat. Dieses Bekenntnis zu wiederholen, Herr Rehbaum, aber zwei Sätze vorher anzukündigen, dass man zusätzliche Flächen für Bau in Anspruch nehmen wolle, will für mich und meine Fraktion nicht zusammenpassen.

(Beifall von der SPD)

Die Frage ist doch: Wie können wir es schaffen, dass bereits gesellschaftlich überformte Flächen zusätzlich in den Flächenpool kommen, dass wir gerade in den großen Städten entsprechend vorankommen? Weiterentwicklung und Flexibilisierung wären die richtigen Antworten auf die Frage des Flächenziels gewesen, nicht die Streichung des Flächenziels.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Herter, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Wollen Sie die zu lassen?

**Marc Herter\*** (SPD): Sehr gerne.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Bergmann, bitte.

**Dr. Günther Bergmann** (CDU): Schönen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Herr Herter, können Sie sich noch daran erinnern – Sie waren in der letzten Legislaturperiode auch hier im Haus –, dass wir als CDU-Fraktion zum einen das Fünf-Hektar-Ziel und damit Ihren Wirtschaftsminister Duin durchaus unterstützt haben?

Können Sie sich auch erinnern, dass unmittelbar nach Beschluss dieses LEP 2016 Ihr Minister Mike Groschek dort am Rednerpult gesagt hat, das Fünf-

Hektar-Ziel sei nicht einzuhalten, weil wir allein in Nordrhein-Westfalen für den Wohnungsbau 10 bis 12 ha brauchen, um die Defizite in der Wohnungspolitik in den letzten Jahren aufzufangen – in Anbetracht der Tatsache, dass der Druck auf den Wohnungsmarkt so stark ist?

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Im Grunde genommen war damit Ihr Fünf-Hektar-Ziel als Mantra – durch dieses Rund hier getragen – schon selber kaputt geschlagen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Marc Herter\*** (SPD): Erst einmal finde ich es schön, dass Sie, Herr Bergmann, deutlich gemacht haben, dass die CDU-Fraktion das Fünf-Hektar-Ziel auch einmal mitgetragen hat. Das war auch richtig damals, so wie es heute richtig wäre.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüsse [GRÜNE])

In der Tat hat Mike Groschek von diesem Pult aus genau diesen Satz gesagt, den Sie erwähnt haben. Er hat gesagt, dass die 5 ha, die wir auf Neuf Flächen brauchen, weiteren 5 ha entsprechen müssten, die wir auf Altflächen zubauen.

(Beifall von der SPD)

Das war die Aussage von Mike Groschek. Er hat über die Frage von Geschosswohnungsbau, über die Frage von Nachverdichtung und über die Frage von kompakter Stadtentwicklung gesprochen.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Wenn wir also hier schon die Historie austauschen, Herr Bergmann, sollten wir den ehemaligen Minister nicht bewusst falsch zitieren in diesem Hause.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Das eigentliche Problem im Bereich des Wohnungsbaus und der allgemeinen Flächenentwicklung sind aber lange Genehmigungsverfahren.

Es ist die Frage von mangelnder Akzeptanz.

Es ist die Frage von Unsicherheit der entsprechenden Flächen, und es ist die Frage von Altflächen-Recycling.

Wenn wir uns diesen Fragen stellen würden, würden wir mehr für den Wohnungsbau und die Gewerbeflächenentwicklung tun, als wenn man einfach an dem Fünf-Hektar-Ziel herumdoktert.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

– Ja, das haben Sie alles angestoßen, das wird bloß nichts.

Der zweite Punkt ist die Frage der Abstandsflächen bei der Windkraft. Sie wollen natürlich überall entfesseln, nur machen Sie hier genau das Gegenteil: Sie fesseln eine ganze Branche an das Abstandsziel von 1,5 km.

Sie wissen genau – der Abgeordnete Hovenjürgen hat das dankenswerterweise in Südwestfalen in freundlicher Offenheit zum Ausdruck gebracht –, dass damit das Gegenteil von Planungssicherheit und Akzeptanz erzeugt wird, sondern zusätzliche Planungsunsicherheit, denn eigentlich handelt es sich um eine Bundesangelegenheit – dreifache Nabenhöhe. Das ist der Punkt, um den es hier geht.

Sie versuchen, die Gemüter zu beruhigen; das ist in Ordnung. Aber die Beruhigungsspielle, die Sie verteilen wollen, wird zu neuen Konflikten, zu weniger Akzeptanz und vor allem zu weniger Windkraftausbau in diesem Land führen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie meiner Deutung nicht den Vorzug geben wollen, was ich gut verstehen kann,

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

lassen Sie sich doch wenigstens vom BDEW – keine bekannte Vorfeldorganisation der Sozialdemokratie – sagen, dass diese neue Regelung – 1,5 km Abstand – die Totalbremse für den Windkraftausbau in diesem Land ist, weil damit die Potenzialflächen – die Grünen haben es vorgestern erwähnt – deutlich reduziert werden, ohne dabei die Akzeptanz für Windkraft in diesem Land zu steigern.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Akzeptanz für Windkraft zu steigern heißt, mehr Planungssicherheit zu schaffen.

Akzeptanz für Windkraft zu steigern heißt, sich darüber zu unterhalten, ob man einen allgemeinen Deckel in Prozenten der Potenzialfläche einer entsprechenden Gebietskörperschaft obendrauf legt.

Wir müssen uns darüber unterhalten, dass Kommunen, die ohnehin schon mit vielen Windkraftanlagen eine hohe Verantwortung für die Energieversorgung dieses Landes übernehmen, eben nicht die Orte sein können, an denen weiterer Ausbau stattfindet.

Wir wissen, dass in anderen Kommunen, die sich dieser Herausforderung bisher noch nicht gestellt haben, ein entsprechender Nachbau von Windkraftanlagen dringend notwendig ist, damit wir unsere gemeinsamen Ziele, über die wir am Mittwoch gesprochen haben – Verdopplung der Windkraft in diesem Lande –, auch erreichen können.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Herr Rehbaum, Sie haben ja schon eine höhere Dialektik aufgebracht, als Sie über die Frage des Kiesabbaus am Niederrhein gesprochen haben. Da sind nicht nur Bürgerinitiativen auf dem Baum, sondern ganze Kommunen, die die alte Regelung erhalten wollen.

Doch Sie stellen sich hier und sagen das Gegenteil, dass die neue Regelung zu neuer Befriedung führen würde.

Meine Wahrnehmung – und übrigens auch die Wahrnehmung Ihrer Kollegen, die in der Region Verantwortung tragen – ist, dass Ihre neue Regelung die alten Wunden wieder aufgerissen hat, dass an dieser Stelle keine Befriedung eingetreten ist und Sie dafür verantwortlich sind, dass dort wieder alle gegeneinander laufen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das war fahrlässig.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Aber womit hat das etwas zu tun, Herr Brockes? – Planung ist beim RVR wie bei der Bezirksregierung staatliche Angelegenheit. RVR und Bezirksregierungen sind nachgeordnete Behörden Ihrer Landesregierung. Erzählen Sie, Herr Brockes, also nicht so einen Unsinn!

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie zu anderen Entscheidungen kommen wollen, ist das Angelegenheit Ihrer Landesregierung und nicht des RVR.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Der Punkt, auf den ich eigentlich hinauswollte, Herr Brockes: Es reicht eben nicht aus, ein Interesse eins zu eins in einen Landesentwicklungsplan zu schreiben, sondern bei einem Landesentwicklungsplan kommt es immer darauf an, den Ausgleich der Interessen in den Mittelpunkt zu stellen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das ist das Fahrlässige, was Sie an dieser Stelle versäumt haben. Damit haben Sie die zusätzlichen Proteste selbst produziert.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Mein Kollege Schneider hat anlässlich der Debatte im letzten Plenum darauf hingewiesen.

Der Umgang mit dem Faktor Boden – gestrichen –, Windenergiefesselung und Aufkündigung des Kieskonsenses am Niederrhein: Ich habe gesagt, dass wir im Ganzen mit der Richtung des Landesentwicklungsplans nicht konform gehen; diese drei De-

tails sind gute Gründe, die falschen Weichenstellungen, die an dieser Stelle gesetzt werden sollen, im Konkreten nicht mitzutragen.

Wenn wir uns endlich miteinander über Genehmigungsverfahren unterhalten würden, wären wir an Ihrer Seite. Am Rumdoktern an der Genehmigungsgrundlage, dem Streichen von sozialen und ökologischen Zielen aus dem Landesentwicklungsplan und einem Generalangriff auf die Akzeptanz von großflächigen Entwicklungen in diesem Land werden wir uns nicht beteiligen. Deshalb werden wir den Landesentwicklungsplan ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Freynick das Wort.

**Jörn Freynick\*** (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Großer Wurf, richtige Richtung, deutliche Fortschritte, gut gelungen –

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

das sind Begriffe, mit denen Sachverständige aus ganz verschiedenen Bereichen in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses die Änderungen am LEP bewertet haben.

(Zuruf von der SPD)

Ich stelle das deswegen an den Anfang meiner Rede, weil die Opposition heute wieder versucht, ein Zerrbild der Realität zu zeichnen. Die Änderungen am LEP werden in ihrer Wirkung falsch eingeschätzt, den falschen Motiven zugeordnet und mit falschen Gegensätzen von Ökologie und Ökonomie verbunden. Das kann man als Opposition natürlich so machen. Aber dann ist es doch gut, wenn diejenigen, die von den Änderungen konkret betroffen sind, das anders sehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Ihre Geschichte von der übertriebenen Deregulierung und der vermeintlichen Polarisierung verschiedener wirtschaftlicher und ökologischer Interessen geht also nicht auf. Ich will ganz deutlich sagen: Wenn diese Änderungen gleich verabschiedet werden, ist das ein wichtiges und befreiendes Signal, das wir heute ins Land senden, weil sich endlich wieder etwas bewegen kann, und das ist dringend notwendig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

**Jörn Freynick\*** (FDP): Vielleicht am Schluss.

Wir müssen uns doch mal die Ausgangslage anschauen. Wir haben einen geltenden Landesentwicklungsplan von der Vorgängerregierung, von SPD und Grünen, und da ist der Name das Einzige, in dem „Entwicklung“ vorkommt. Wenn wir an der Stelle von Entfesselung sprechen, ist das wirklich wörtlich zu nehmen. Denn die Entwicklung im Land war gefesselt. Sie war von einem Glauben an Detailsteuerung behindert. Dass man damit die Probleme unserer Zeit – Wohnungsnot, Sanierung der Infrastruktur, Arbeitsplatzsicherung – angehen kann, mögen höchstens Sie selbst glauben.

Bei unseren Änderungen nehmen wir diese Herausforderungen in den Blick. Wir nehmen zielgenaue Änderungen vor, die den Kommunen und den Unternehmen wieder mehr Entwicklungsmöglichkeiten geben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und wir setzen auf Vertrauen. Wir setzen auf das Vertrauen der kommunalen und der Regionalebene, denen wir mehr Entscheidungsspielräume geben, weil wir darauf vertrauen, dass die Akteure vor Ort am besten um Chancen und mögliche Konflikte wissen und damit verantwortungsvoll umgehen werden. Dieses verantwortungsvolle Vorgehen kennzeichnet auch unsere Änderung.

In einem Industrieland, einem dicht besiedelten Land, einem wirtschaftlich und landschaftlich starken Land brauchen wir eine Balance. Landesplanung muss die Interessen der Menschen, die Aspekte des Umweltschutzes und die Wachstumschancen der Unternehmen miteinander verbinden. Genau dieser Interessenausgleich, meine Damen und Herren, gelingt mit den von uns genannten Änderungen.

(Beifall von der FDP)

Eine maß- und zügellose Absenkung von Planungsvorgaben, wie die Opposition das immer wieder behauptet, findet de facto nicht statt. Auch das wurde übrigens in der Anhörung bestätigt. Viele Sachverständige haben weitergehende Flexibilisierungen gefordert, die über unsere Maßnahmen hinausgehen. Das zeigt doch, dass wir hier mit Augenmaß – einer klugen Abwägung und einer maßvollen Änderung – vorgegangen sind.

Ich will noch einmal grundsätzlich werden. Wenn man diese Änderungen ablehnt, wenn man alles beim Status quo belassen will, wenn man Kommunen und Wirtschaft quasi auf dem jetzigen Stand einfrieren will, ist das eine für mich nicht nachvollziehbare, aber legitime politische Position. Aber dann muss man sich, liebe Kollegen von der SPD und von den Grünen, auch ehrlich machen. Am Ende hängt nämlich, wie so oft, alles mit allem zusammen.

Ja, fordern Sie heute, alles so zu belassen, wie es ist. – Aber dann beklagen Sie bitte morgen nicht die Wohnungsnot im Land, die dringend neue Bauprojekte und damit auch Flächen erfordert. Sagen Sie den Menschen, dass Sie das nicht wollen!

Ja, fordern Sie heute, keine Veränderungen vorzunehmen. – Aber dann beklagen Sie bitte morgen nicht, dass dringend in die Infrastruktur investiert werden muss, weil wir Brücken, Straßen, Radwege und den ÖPNV sanieren und ausbauen müssen, wofür wir natürlich auch Rohstoffe brauchen.

Ja, fordern Sie heute, den Status quo zu ehren. – Aber dann stellen Sie bitte nicht morgen Ihre Sorge um Arbeitsplätze und Wohlstand in den Raum, wofür die wir starke Unternehmen brauchen.

Machen Sie sich also bitte ehrlich! Und sagen Sie auch, was alles nicht geht, wenn man Stillstand statt Fortschritt will!

Wenn wir schon bei den Empfehlungen sind, hören Sie doch den Experten zu! Die geplanten Flexibilisierungen bei Wohnbau- und Gewerbeflächen sind von der breiten Mehrheit der Experten begrüßt worden. Die Wohnungsnot in vielen Städten und Gemeinden ist riesig. Hier ist klar, dass nur eine größere Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum die steigenden Mieten bremsen kann. Den Druck aus dem Kessel werden wir nur nehmen können, wenn mehr gebaut, nachverdichtet und ausgebaut wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dem ländlichen Raum geben wir Raum für eine bedarfsgerechte Entwicklungsmöglichkeit zurück. Insbesondere Ortsteile unter 2.000 Einwohnern können davon profitieren. Für uns ist klar: Der ländliche Raum ist kein Freilichtmuseum,

(Beifall von der FDP)

der gegenüber den urbanen Zentren unseres Landes vernachlässigt oder ausgespielt werden darf. Für diese Änderungen war, wie gesagt, die Zustimmung der Sachverständigen einhellig. Dass die Opposition das nicht explizit loben kann, kann ich verstehen. Aber die SPD tut das ja eigentlich indirekt.

Wenn man Ihren Entschließungsantrag liest, dann stellen Sie Ihre Zustimmung unter vier Vorbehalten, aber keiner davon bezieht sich auf die gerade angesprochenen Bereiche. Also halten wir fest, dass Sie diese Änderungen richtig finden. Danke dafür.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Interessenausgleich ist auch bei der Windenergie die entscheidende Vokabel. Wir wollen den Ausbau wieder in geordnete Bahnen lenken und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner sowie des Umweltschutzes stärker berücksichtigen. Die Kritik der Opposition daran ist auch etwas zu schrill.

Daraus einen Feldzug gegen die Windenergie und gegen die erneuerbaren Energien abzulesen, geht völlig fehl,

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

zumal Sie sehr gut wissen, dass der neue LEP Verbesserungen bei KWK und Solarenergie vorsieht. Den Einbruch der Ausbauzahlen mit den jetzt geplanten Änderungen in Verbindung zu bringen, ist – mit Verlaub – schon recht dreist.

(Beifall von der FDP und Bodo Löttgen [CDU])

Tatsächlich – und das wissen Sie auch genau – geht der Einbruch auf ein falsches Ausschreibungsdesign auf Bundesebene zurück, das in allen Bundesländern zu einem massiven Ausbaurückgang geführt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, die Planänderungen sind, um einen der eingangs zitierten Begriffe aufzugreifen, tatsächlich ein deutlicher und bedeutsamer Fortschritt. Sie sind zielgenau, maßvoll und sie sind dringend nötig. Wir machen damit Entwicklung vom Ausnahme- wieder zum Regelfall, weil sich unser Land in Richtung Zukunft strecken will, weil wir mehr Wohnraum, eine zukunftsfeste Infrastruktur und sichere Arbeitsplätze brauchen, weil wir Entwicklung brauchen, um Fortschritt zu erreichen. In Nordrhein-Westfalen ist das ab heute wieder möglich. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Es gibt eine Kurzintervention aus den Reihen der SPD. Der Abgeordnete Schneider hat jetzt das Wort. Bitte.

**René Schneider<sup>3)</sup> (SPD):** Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Freynick, ich spreche Herrn Rehbaum gleich mit an, weil er leider keine Zwischenfragen, die ich dann hätte passend zum Thema stellen können, zugelassen hat, was ich sehr schade finde. Es ist Ihr gutes Recht, um Gottes Willen, zeugt aber aus meiner Sicht nicht von großem Selbstvertrauen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Christof Rasche [FDP]: Oberarrogante SPD! – Weitere Zurufe)

– Ja, ich muss mich für die Kollegen entschuldigen.

Herr Freynick, Sie haben hier nicht namentlich Kronzeugen benannt, die Ihren LEP-Entwurf so unglaublich klasse finden. Es gibt im Grunde genommen zu Ihren beiden Reden sehr viel zu sagen.

Ich hätte an der Stelle gerne gefragt, wie Sie es sich dann erklären können, dass der Landwirtschaftspräsident Bernhard Conzen da ganz anderer Meinung ist, und das ist nun wirklich keine Vorfeldorganisation

der Sozialdemokratie. Er hat – leider, wie ich finde, reichlich spät – in seinem Brief deutlich gemacht, dass das alles Quatsch ist und gestoppt werden muss. Ihnen zugute kommt, dass die Abstimmung mit allergrößter Mühe am allerletzten Tag vor den Sommerferien

(Daniel Sieveke [CDU]: Fragen!)

im Grunde genommen in das Sommerloch hineingeschoben werden sollte.

Bis heute ist aus meiner Sicht nicht geklärt, warum Sie – und das ist der Punkt – von 20 auf 25 Jahre gehen, denn das bedeutet 300 ha mehr Auskiesung am Niederrhein. Unter diese 300 ha, ich sage es noch einmal, fallen Wickrather Feld, Alpen-Bönnighardt, Millingen-Drüpt, nur um drei Hotspots zu nennen. Dann sind die Abgrabungskonferenzen, die Sie mit viel Tamtam als Nebelkerze hier gezündet haben,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben nichts getan, Herr Schneider!)

völlig unwirksam, weil schon jetzt Ihre Landesplanung deutlich gemacht hat, dass sie keine Flächentausche zulassen wird. Insofern, liebe FDP und liebe CDU, diese 300 ha gehören Ihnen alleine!

(Beifall von der SPD)

**Jörn Freynick\*** (FDP): Erst einmal muss man festhalten, dass wir das vernünftig abgewogen haben, und zwar sehr intensiv, indem wir eine lange Anhörung dazu durchgeführt haben. Daran waren Sie genauso beteiligt wie alle anderen hier. Ich meine, dass wir da genau den richtigen Mittelweg gefunden haben. Es gab Experten, die gerne deutlich mehr gehabt hätten, die weiter gegangen wären.

(René Schneider [SPD]: Mehr als 25 Jahre?)

Das, was Sie jetzt zum Kiesabbau ansprechen, diese Debatte haben wir schon vor zwei Wochen hier in der Plenarsitzung geführt. Man muss einfach sagen, zum Schluss geht es um Rohstoffbedarfe, für die Sie die Regelungen getroffen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Freynick. – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Becker das Wort.

**Horst Becker** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen, dass wir heute mit dem Landesentwicklungsplan und mit Ihrem Vorhaben etwas auf der Tagesordnung haben, was Sie vor zwei Jahren verkündet haben. Bei dem, was Sie jetzt tun, kommen Sie meines Erachtens in einen argen Widerspruch zu dem, was Sie hier in den letzten Tagen und

Wochen immer wieder im Zusammenhang mit dem Kohlekompromiss und im Zusammenhang auch mit der sogenannten Energiestrategie verkünden.

Wenn wir uns das in Ruhe ansehen, Herr Ministerpräsident, dann wissen wir, dass Sie das Ziel unterschrieben und vereinbart haben, im Jahr 2030 65 % des Stroms mit erneuerbaren Energien hier tatsächlich zu produzieren.

Was Sie heute machen, ist das krasse Gegenteil. Sie gehen hin und wollen mit einer 1.500-Meter-Abstandsregelung, die im Übrigen im Widerspruch zum Baugesetzbuch steht, also zum höherrangigen Recht, schlicht und einfach die Kommunen und Investoren verunsichern. Diese Strategie ist Ihnen auch schon gelungen. Wie wir an den Zulassungszahlen sehen, sind diese dramatisch zurückgegangen.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch, Herr Ministerpräsident.

(Erneut Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Sie können sich ja als Abgeordneter hinsetzen und eine Zwischenfrage stellen. Das ist kein Quatsch!

Mit dieser Strategie – das haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände gesagt, das haben Ihnen alle Experten gesagt – begehen Sie faktisch krassen Rechtsbruch, und Sie setzen darauf, dass es Jahre dauert, bis das vom OVG festgestellt ist, und bis dahin ist es Ihnen egal. Das ist das, was Sie hier machen: Sie begehen Rechtsbruch, und Sie wollen die Windkraft behindern, obwohl Sie „65 %“ unterschrieben haben und hier immer anmahnen,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Unsinn!)

dass alle zu dem Kompromiss stehen. Sie stehen selber nicht zu diesem Kompromiss.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Herr Abgeordneter Becker, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie sie zu?

**Horst Becker** (GRÜNE): Ja klar.

**Präsident André Kuper:** Kollege Löttgen.

**Bodo Löttgen\*** (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident – und Herr Becker, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade behauptet, Herr Becker, die Zahlen der Zulassungen würden zurückgehen, und in Nordrhein-Westfalen würde ja ...

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Er weiß das!)

– Natürlich weiß er das. Ich wollte es ihm nur noch mal sagen, dass es nicht stimmt. – Ist Ihnen bekannt, Herr Becker, dass im Bundesland Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr des Jahres 2019 mehr Anlagen in Betrieb gegangen sind als in Bayern, Thüringen, Baden-Württemberg und Hessen zusammen genommen. Ist Ihnen das bekannt?

(Beifall von der CDU)

**Horst Becker** (GRÜNE): Herr Kollege Löttgen, mir ist bekannt, dass Genehmigungsverfahren in der Regel eine ganze Reihe von Jahren dauern.

(Marc Herter [SPD]: So ist das!)

Sie wissen ganz genau, was jetzt in Betrieb gegangen ist. Sie haben gesagt, welche Anlagen in Betrieb gegangen sind.

(Marc Herter [SPD]: Genau!)

Sie wissen ganz genau, dass das, was in der Zeit dieser Landesregierung, die jetzt regiert, in Betrieb gegangen ist,

(Bodo Löttgen [CDU]: Das passt zu Ihrer Behauptung, ...!)

zu nahezu 100 % genehmigt worden ist in der Zeit der rot-grünen Landesregierung,

(Beifall von den GRÜNEN – Bodo Löttgen [CDU]: Sie sagen hier die Unwahrheit!)

und das, was jetzt bzw. in der Zukunft in Betrieb gehen wird, teilweise auch noch!

Aber Tatsache ist auch, dass neben den beschriebenen Umständen der Bundesregelung Ihre Regelung vom 1.500 m – das haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände und die Fachverbände ins Stammbuch geschrieben – heute schon für eine große Verunsicherung sorgt. Dass diese 1.500 m eine Bremse sind für den Ausbau der Windenergie hier im Land, das ist die Tatsache!

(Beifall von den GRÜNEN – Bodo Löttgen [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ja, selbstverständlich glaube ich das. – Schauen Sie doch mal in die Protokolle. Ihre Landesregierung ist angetreten – das mache ich in der Antwort gern noch mal deutlich – und hat gesagt: Zuhören, nachdenken, entscheiden. – Sie hören weder zu noch denken Sie nach. Sie entscheiden nur. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Bodo Löttgen [CDU]: Noch nicht einmal das können Sie: entscheiden! Noch nicht einmal das können Sie!)

Nachdenken und Zuhören wären angesagt und nicht mit dem Kopf durch die Wand, Herr Kollege Löttgen!

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Das machen Sie: mit dem Kopf durch die Wand aus ideologischen Gründen.

(Unruhe – Glocke)

Sie sind in dieser Frage im Übrigen eine Koalition des Rechtsbruches, weil Sie sich auch gegen das Bundesbaugesetz und die Privilegierung stellen. Das ist die Tatsache: eine Koalition des Rechtsbruches.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist aber nicht nur energiepolitisch verheerend, was Sie machen, es ist auch eine Wertschöpfungsfrage. Sie verhindern Wertschöpfung in diesem Land, Sie vergehen sich an den gesamten Zulieferbetrieben, Sie vergehen sich an denjenigen, die produzieren. Das ist schädlich, weil es am Ende, ähnlich wie es früher bei der Solarenergie und bei der Photovoltaik war – da waren es nämlich auch FDP-Minister, Herr Pinkwart –, dazu führt, dass eine Energieform und eine Industrieproduktion kaputt gemacht wird, die unser Land braucht. Das ist schädlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Woche eine Energiestrategie vorgestellt. Sie haben gesagt, dass Sie diese Ziele haben, aber Sie bleiben im Unverbindlichen bis auf eine Stelle. Sie betonen, NRW sei Energieimportland und werde auch in zehn und in zwanzig Jahren noch Energieimportland bleiben müssen.

Sie verschweigen aber, dass das mit Ihrer Politik zu tun hat. Sie verschweigen aber, dass Sie den Weg gehen, das genau so zu behalten. Sie gehen damit nicht nur das Risiko für Nordrhein-Westfalen ein, Sie gehen damit das Risiko ein, dass die ganze Bundesrepublik ihre Klimaziele verfehlt.

Deswegen sage ich Ihnen: Kehren Sie um, reden Sie nicht nur von Entfesselung, sondern machen Sie auch tatsächlich mal Entfesselung an der richtigen Stelle und nicht an der falschen! Das ist das, was wir von Ihnen erwarten. Kommen Sie in der Wirklichkeit an, verabschieden Sie sich von Ihren Wahlkampfversprechen und tun Sie endlich was für dieses Land!

(Beifall von den GRÜNEN und René Schneider [SPD])

Meine Damen und Herren, ich habe eben mit Interesse zur Kenntnis genommen, was Herr Rehbaum gesagt hat. Es ist wieder einmal der Versuch, alles im Nebel zu verstecken.

(Marc Herter [SPD]: So ist das!)

Am Niederrhein, Herr Rehbaum, wehren sich CDU-Kreisverbände, wehren sich CDU-Ortsverbände zusammen mit anderen dagegen, dass der Niederrhein in einem immensen Ausmaß weiter ausgekiest wird.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das sind doch alles Ihre Wähler!)

Sie sagen „Das war schon zu viel“, wobei ich Ihnen sogar recht geben würde. Das hätte man noch mehr einschränken müssen. Das haben wir damals nicht hinbekommen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wenn Sie sagen „Das ist zu viel“, dann können Sie nicht die Schleusen weiter öffnen durch Versorgungszeiträume von 25 Jahren durch den Wegfall der obligatorischen Konzentrationszonen, ohne etwas zu tun für eine bessere Bedarfsermittlung, als sie heute tatsächlich erfolgt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind die Fakten.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Sie haben das doch gewollt! Sie waren das!

Das verlangen alle CDU-Verbände vor Ort von Ihnen, und Sie stellen sich hierhin und öffnen diese Schleusen jetzt massiv, Herr Kollege.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Es war Ihre Regierung, Herr Becker! Sie waren das!)

Sie öffnen diese Schleusen jetzt massiv. Deswegen regen sich die Leute über Ihre Änderungen des Landesentwicklungsplans auf, nicht über unsere.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Sie waren das, Herr Becker!)

Die protestieren gegen Sie, nicht gegen uns. Sie müssen sich mal mit denen unterhalten.

**Präsident André Kuper:** Herr Kollege Becker, es gibt den weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage.

**Horst Becker** (GRÜNE): Ja, selbstverständlich. Ich warte auf jede Vorlage, und bei Herrn Hovenjürgen bin ich sicher, dass eine kommt.

**Josef Hovenjürgen** (CDU): Lieber Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Becker, danke, dass Sie die Frage zulassen. – Wenn Sie jetzt die Auskiesungssituationen im Kreis Wesel und im Bereich Kleve so beschreiben, wie Sie sie beschreiben, wissen Sie doch, dass die Regionalplanung für diesen Bereich zuständig ist.

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass der dortige grüne Planungsdezernent sich weigert, mit der Kiesindustrie und mit den Menschen vor Ort in einem Dialog über die Notwendigkeit von Ausweisung von Flächen zu reden, und erst recht nicht bereit ist, die Berücksichtigung derer in Kauf zu nehmen bzw. zu akzeptieren,

(Michael Hübner [SPD]: Wo ist denn die Frage? Frage, Josef!)

die dort vor Ort wohnen und gemeinsam handeln wollen, sondern verhindert, dass es zu einem Kompromiss kommt?

(Beifall von der CDU)

**Horst Becker** (GRÜNE): Herr Abgeordneter Hovenjürgen, zunächst einmal: Ich wusste, dass ich auf Sie setzen kann.

(Heiterkeit und Zuruf von Marc Herter [SPD])

Deswegen war ich froh, dass Sie diese Zwischenfrage gestellt haben. Ich habe heute Morgen fast darauf gewettet. Ich antworte Ihnen selbstverständlich gern darauf. Zunächst einmal: Sie sind Mitglied der Regionalversammlung des RVR.

(Michael Hübner [SPD]: Vorsitzender der Verbandsversammlung, Herr Kollege!)

Insofern könnten Sie sicherlich alles das tun, was Sie hier beschreiben.

Ich will Ihnen mal sagen, warum das trotzdem nicht zutrifft. Der Landesentwicklungsplan setzt den rechtlichen Rahmen, und der rechtliche Rahmen wird gerade ausgeweitet durch die Verlängerung der Versorgungszeiträume. Das ist massiv; ausgerechnet ist, dass das allein 300 ha ausmacht. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein, das weiß ich nicht! Das ist falsch! Es geht um Mengen, und die sind nicht ermittelt! Das wissen Sie!)

Das Zweite ist: Es wird massiv ausgeweitet durch den Wegfall der obligatorischen ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist falsch! Es geht um Mengen, und die sind nicht ermittelt! Das wissen Sie!)

– Sie müssen auch mal zuhören, wenn Sie eine Frage stellen. Sie können ja noch eine Frage stellen. Dann antworte ich Ihnen darauf auch.

Also: Es wird auch massiv ausgeweitet durch den Wegfall der obligatorischen Konzentrationszonen. Insofern ist eine Abgrabungskonferenz – das ist ja das, was Sie meinen; Sie beziehen sich immer beispielsweise auf den Regionalrat Köln – das völlig falsche Instrument. Um das auszugleichen, ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Nun hören Sie doch mal zu. Menschenskind! Sie wollten doch eine Antwort haben. Oder wollen Sie die gar nicht?

(Michael Hübner [SPD]: Das ist doch eine reine Behauptung und keine Frage, was er gestellt hat! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Eben, die kriegen Sie ja:

Die Abgrabungskonferenz kann den Druck, den Sie zulassen, nicht von den Firmen, die auskiesen wollen, wegmoderieren. Das geht nicht.

(Zuruf von Charlotte Quik [CDU])

Sie kann das lediglich in einem engen Rahmen moderieren. Sie aber weiten den Rahmen, und Sie sorgen dafür, dass vor Ort überhaupt keine Möglichkeiten mehr bestehen.

Es beschließt ja nicht der Planungsdezernent, sondern es beschließt der RVR, die Regionalversammlung. Wenn Sie behaupten, dass die Möglichkeiten bestehen, dass also nicht zutrifft, was ich sage, dann müssten Sie als Mitglied des RVR Ihrer eigenen Logik nach selbst dafür sorgen, dass das nicht passiert.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, ich sage voraus, dass Sie an dieser Aufgabe scheitern werden. Die Menschen werden nächstes Jahr bei der Kommunalwahl sehen, dass es politische Hochstapelei war, was Sie heute im Zusammenhang mit der Abgrabungskonferenz verbreiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle herrscht nichts anderes als entfesselte Ideologie, und ich weiß auch warum: Die Nähe der FDP zu den auskiesenden Firmen war in den letzten Jahren massiv. Sie war auch schon in der vorigen Wahlperiode und auch schon in der Zeit der schwarz-gelben Koalition 2005 bis 2010 massiv.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh! – Dietmar Brockes [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Sie von der CDU werden sich damit auseinandersetzen müssen, dass es vor Ort brennt.

Lassen Sie mich noch zu dem 5-Hektar-Ziel kommen. Ich habe mit größtem Amusement Ihre Behauptung zur Kenntnis genommen, die Menschen zögen in die Städte wegen des 5-Hektar-Grundsatzes.

(Marc Herter [SPD]: Genau!)

Ich habe das bisher immer anders wahrgenommen, auch in Bezug auf den ländlichen Raum. Die ländlichen Räume sind nämlich sehr verschieden. Es gibt ländliche Räume, in denen Wohnungsleerstände in Höhe von 10 % vorliegen. Es ist geht doch nicht so, dass Sie Flächen ausweisen und dann die Menschen dorthin ziehen werden, sondern Sie müssen die Infrastruktur dorthin bringen.

(Marc Herter [SPD]: So ist das!)

Sie müssen sich überlegen, was Sie zum Beispiel für mobile Läden, für die Ärzteversorgung und all diese Fragen tun können.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dazu sehe und höre ich nichts.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Ihr Staatssekretär hat gesagt – ich habe es mir soeben noch einmal auf dem Mitschnitt angehört –: Wir in Nordrhein-Westfalen brauchen deutlich mehr als das Raumordnungsgesetz uns eigentlich anteilsweise lassen würde. Wir brauchen täglich 8 bis 10 ha. – Das ist eine Wahnsinnsnummer, und deswegen protestieren auch beide Landwirtschaftsverbände – das sind keine Vorfeldorganisationen der Grünen, Herr Löttgen – in diesen Tagen schriftlich erneut gegen Ihre Politik zum LEP. Sie protestieren zu Recht, sie protestieren nämlich, weil ihnen auch aufgrund Ihrer Politik die Pachtpreise weglaufen.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Wider besseres Wissen!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Becker. – Das nächste Wort richtet an das Parlament Herr Beckamp für die AfD-Fraktion.

**Roger Beckamp (AfD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben einen großen Rundumschlag in jede beim Landesentwicklungsplan relevante Richtung gehört – ein großes Thema mit Tausenden von Seiten.

Grundsätzlich geht es darum: Die Koalition möchte ein paar Vereinfachungen und leichtere Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen des neuen Landesentwicklungsplans gerade auch in den Bereichen „Bauen“ sowie „Rohstoffe und Baustoffe“ durchsetzen. Unserer Ansicht nach ist das durchaus weitgehend gelungen. Es entstehen damit mehr Möglichkeiten für die Wohnbauentwicklung, und das halten wir für sinnvoll.

Deswegen möchte ich mich auf einen Detailaspekt beschränken, den wir schon einmal im Ausschuss angesprochen haben – ein Aspekt, den Sie nicht berücksichtigt haben, obwohl wir mehrfach darauf hingewiesen haben und auch Tausende Bürger betroffen sind. Letztere scheinen Ihnen aber – warum auch immer – egal zu sein.

Es geht um – und das ist keine Bagatelle – Ziel 2-3 „Siedlungsraum und Freiraum“ und um die dort behandelten Ferien- und Wochenendhausgebiete. Davon gibt es in NRW etwa 300 Gebiete, die de facto aber keine Ferien- und Wochenendhausgebiete mehr sind, sondern bei denen häufig das dauerhafte Woh-

nen eingetreten ist, was auch hingenommen und teilweise sogar von den Kommunen gefördert worden ist.

Diesen Zustand wollen wir legalisieren bzw. heilen, und das kann man ganz wunderbar, indem man den LEP entsprechend anpasst. Uns geht es nicht darum, alle 300 Ferien- und Wochenendhausgebiete komplett in legales Dauerwohnen zu überführen, sondern darum, den Gemeinden das Recht zu geben, dies vor Ort selbst zu entscheiden. Das nennt sich kommunale Selbstverwaltung. Damit entstehen Handlungsmöglichkeiten vor Ort – das Hohelied der Subsidiarität, das hier immer besungen, aber nicht gelebt wird. Es wäre eine wunderbare Entscheidung, bauplanungsrechtliche Verfahren vor Ort zur Klärung freizugeben.

Das wollen Sie aber mit der Verordnung zum LEP ausdrücklich verhindern. Sie haben jetzt noch die Möglichkeit, Wohnungslosigkeit per Verordnung zu vermeiden, indem Sie die Änderung, die wir vorgeschlagen haben, umsetzen. Ansonsten würde es weitergehen wie bisher: Es würden Ordnungsverfügungen mit Bußgeldern verschickt, was auch schon passiert ist: Zahlen Sie bitte 5.000 Euro, weil Sie dort wohnen. – Auch der Lösungsvorschlag der Ministerin Scharrenbach, das Melderecht entsprechend anzupassen, ist keine Lösung. Im Gegenteil: Damit würde es noch problematischer werden.

Insofern appelliere ich an Sie, auch die berechtigten Interessen der Bürger zu berücksichtigen – auch wenn an Ihren Änderungen vieles richtig ist. Die SPD will zurück zum alten, schlechten LEP, und auch die Grünen wollen zurück zum alten, schlechten LEP, nur noch schlimmer. – Ihre Veränderungen am LEP sind durchaus sinnvoll, aber an manchen Stellen noch unvollständig. Wir appellieren an Sie: Machen Sie es vollständig! Machen Sie es besser! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Beckamp. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich gleich zu Beginn mit einer guten Nachricht für Nordrhein-Westfalen beginnen, bevor ich auf die besonderen Herausforderungen für unser Land eingehe.

Entgegen früherer Projektionen gehen wir nach jüngsten Vorausberechnungen davon aus, dass unser Bundesland im kommenden Jahrzehnt und in Teilen auch in den 30er-Jahren, weiter wächst. Wir werden die 18-Millionen-Einwohner-Marke in den

nächsten fünf Jahren knacken. Damit stellen sich aber auch wachsende Anforderungen an guten und bezahlbaren Wohnraum, attraktive Arbeitsplätze und gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen in Stadt und Land.

(Marc Herter [SPD]: Exakt!)

In all diesen zentralen Fragen der Landesentwicklung begegnen wir schon seit Jahren erheblichen Unzulänglichkeiten und Spannungen.

Die Land-Stadt- sowie die Nord-Süd-Wanderung haben auch bei uns erheblich zugenommen mit der Folge, dass die Pendlerströme weiter zunehmen und sich die Wohnungssituationen in den Innenstädten deutlich verschärft hat.

Hinzu kommt, dass in den Städten Nordrhein-Westfalens aufgrund unterdurchschnittlicher wirtschaftlicher Entwicklung in den Jahren von 2010 bis 2017, lieber Herr Herter, eine im Vergleich zu anderen westdeutschen Ländern erhebliche Lücke von rund 160.000 Arbeitsplätzen klafft. Nordrhein-Westfalen ist um 0,82 Prozentpunkte pro Jahr weniger gewachsen als der Bundesdurchschnitt. Das bedeutet, dass wir 160.000 Arbeitsplätze zu wenig haben.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Das führt dazu, dass wir bei der Arbeitslosenquote trotz der Gott sei Dank rückläufigen Arbeitslosigkeit immer noch um 1,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Dazu hat auch ein erheblicher Braindrain beigetragen, den wir in den letzten Jahren erlebt haben – auch durch Absolventinnen und Absolventen, die unsere Hochschulen verlassen und sich direkt in Richtung Süddeutschland auf den Weg gemacht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, um diese Ungleichgewichte zu überwinden, für Menschen bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und gleichwertige Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land zu ermöglichen, müssen wir sowohl dem ländlichen Raum als auch unseren Städten bessere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die von der Vorgängerregierung erst nach langen Geburtswehen geschaffene Landesentwicklungsplanung bietet dafür keine geeigneten Voraussetzungen. Vielmehr weist sie erhebliche Widersprüchlichkeiten auf und verschärft die Probleme für Mensch und Umwelt, statt sie zu lösen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ortschaften mit weniger als 2.000 Einwohnern wurde die Möglichkeit verwehrt, durch Schaffung geeigneter Wohn- und Gewerbeflächen den Menschen vor Ort eine attraktive Perspektive für ortsnahe Wohnen und Arbeiten – wobei ich früher in Programmen der

Grünen immer gerne gelesen habe, dass man dies anstreben sollte – zu sichern.

Lange die Umwelt und das Klima belastende Pendlerverkehre oder die Flucht in die Städte – mit allen negativen Effekten für Wohnen und Arbeiten in den Städten – sind die Folge, die wir tagein, tagaus in Nordrhein-Westfalen beklagen müssen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem neuen LEP können gewerbliche Betriebe in kleineren Ortsteilen, aber auch im Freiraum angemessen erweitert und durch Betriebsnachfolger als wichtige örtliche Arbeitgeber gehalten werden. Dies wird von den Städten und Gemeinden ausdrücklich begrüßt, lieber Herr Becker. Das ist von den Spitzenverbänden in der Anhörung deutlich gemacht worden.

Wenn Sie sich einmal die Wachstumsraten und die Arbeitslosigkeit anschauen, sehen Sie, dass der ländliche Raum das Rückgrat für Nordrhein-Westfalen ist. Lassen Sie es uns doch nicht schwächen, sondern stärken in dieser Phase der Umbrüche, die wir erleben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dabei handelt es sich um Umbrüche, die wir hier gestern und vorgestern diskutiert haben und hinsichtlich derer wir uns bezogen auf den Klimaschutz einig sind, dass wir sie uns zumuten müssen und die Menschen mitnehmen müssen, obwohl sie uns vor riesige Herausforderungen stellen. Wir sollten uns doch nicht da schwächer machen, wo wir stärker sein könnten und müssen, damit wir diese Herausforderungen für die Menschen im Land verantwortungsvoll bewältigen können.

Allerdings wurde im LEP bislang billigend ein ungebremster Ausbau der Windkraft im ländlichen Raum in Kauf genommen – mit der Folge eines massiven Verlustes an Wohn- und Lebensqualität sowie erheblichen Belastungen für die Umwelt, wie dies insbesondere im Paderborner Land zu beklagen ist. Ohne unsere Korrektur, nämlich die Einführung eines Abstandes von 1.500 m zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten, würde dies auch in anderen ländlich geprägten Räumen ganz massiv stattfinden.

Herr Becker, Sie können sich ja einmal mit den Menschen im Paderborner Land unterhalten.

(Zuruf von der CDU: Das will er gar nicht!)

Sie können sich ja einmal ansehen, wie dort ein Stück weit Heimat verloren geht, weil es überzogen wird. Das ist doch das Problem.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es geht doch nicht gegen die Windkraft, sondern darum, dass wir die Dinge mit Maß und Mitte machen.

Im Aachener Wald, der jetzt geopfert wird, sind es Ihre Naturschutzverbände – die Sie sonst immer vertreten –, die am meisten gegen Windkraft demonstrieren. Demnächst passiert es uns noch, dass Sie, wie unlängst beim Hambacher Forst geschehen, auch noch gegen die Windkraftanlagen demonstrieren, die Sie vorher in Ihrer Regierungszeit selbst auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hierzu wird auch, um die Akzeptanz zu sichern, die Errichtung von Windenergieanlagen im Wald nicht mehr privilegiert, kann aber in Ausnahmefällen noch erlaubt werden.

Die neuen Regelungen sind damit vor allem auch ein Beitrag zur nachhaltigen Akzeptanzsicherung für die sich bundesweit in der Kritik befindliche Windkraft, die wir wiederum dringend brauchen, um die Erneuerbaren insgesamt stärker ausbauen zu können.

Wir streben mit einer Verdopplung der Ausbauziele bei der Windenergie bis 2030 ambitionierte Ziele an. Das haben wir hier am Mittwoch beraten können. Dies soll unter anderem über verstärktes Repowering von Anlagen erreicht werden, für das weiterhin die bisherigen emissionschutzrechtlichen Vorgaben gelten; denn hier können wenige neue und moderne Anlagen viele alte Anlagen ersetzen.

Bei der Solarenergienutzung im Freiraum setzen wir positive Akzente und stellen die Möglichkeiten für die Solarenergienutzung auf Brachen und baulich geprägten Konversionsflächen in den Mittelpunkt. Dazu gehören auch die Baggerseen sowie zukünftig die Tagebaurestseen im Rheinischen Revier.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die in den letzten Jahren immer effizienter und billiger gewordenen Anlagen bieten die Chance, schon mit kleinen Flächenanteilen hohe und kostengünstige Stromerträge zu erzielen. Dies dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch der ökonomischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auf dem Land und in der Stadt.

Beides – Windenergieausbau insbesondere durch Repowering und Ausbau der Solarenergie auf vorbelasteten Flächen im Freiraum, begleitet durch unsere PV-Offensive im bebauten Bereich – sind notwendige Begleitung und Voraussetzung für unseren Kohleausstieg. Dafür streben wir ein starkes Wachstum bei Windenergie und Photovoltaik an. Die vorhandene installierte Leistung soll bis 2030 auf 10,5 GW Wind und 11,5 GW Photovoltaik verdoppelt werden.

Das heißt: Während in den letzten sieben Jahren unter Rot-Grün zusätzlich 5 GW Kapazität an Erneuerbaren aufgebaut wurde, streben wir in den kommenden zehn Jahren eine zusätzliche Kapazität von 11 GW erneuerbare Energie an.

Damit würde sich die Strommenge aus Windenergie- und PV-Anlagen bis 2030 auf rund 30 TWh verdoppeln. Im Ergebnis soll im Jahr 2030 in Nordrhein-Westfalen schätzungsweise jede dritte erzeugte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Herr Becker, Sie haben das hier ja vollmundig in Abrede gestellt.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Sie haben behauptet, das Gegenteil zeichne sich ab. Der Ministerpräsident hat Sie ermahnt, dem Parlament doch Fakten und nicht Ihre Wunschdaten zu liefern.

Schauen Sie sich bitte einmal an, wie die Daten wirklich lauten, und zwar die Daten der Bundesnetzagentur in der Auswertung der Fachagentur Windenergie an Land, die pro Windenergie ist – Herr Becker, ich weiß; Sie müssen jetzt aufstehen –, Stand 26. April 2019. Schauen Sie sich den Bericht genau an.

Und dann schauen Sie sich einmal die Genehmigungen im Jahre 2019 an. Ich rede nicht von den Genehmigungen im Jahre 2017, sondern von den neuen Genehmigungen im Jahre 2019.

(Beifall von der CDU und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Schauen Sie sich an. Wir haben unseren Winderlass – 1.500 m – schon im Mai 2018 auf den Weg gebracht. Jetzt schauen Sie sich einmal in diesem Kontext die Zahlen der Genehmigungen an. Dann sehen Sie: In Baden-Württemberg – ich habe in Erinnerung, dass Sie dort den Ministerpräsidenten stellen – gab es vier neue Anlagen. In Hessen – da sind Sie, glaube ich, auch irgendwie in der Regierung; man hört wenig; Sie sind aber daran beteiligt – gab es eine Windkraftanlage. Das ist bemerkenswert.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

In Rheinland-Pfalz, wo Sie auch beteiligt sind – auch die FDP und die SPD – gibt es immerhin schon sechs. In Schleswig-Holstein mit CDU, FDP und Grünen gibt es immerhin schon sieben; in Schleswig-Holstein, wo der Wind eigentlich kräftig weht. In Sachsen wurde auch noch eine genehmigt.

In diesen fünf Ländern sind es also – toll! – zusammen 19 Anlagen. Wissen Sie, wie viele Anlagen in dieser Zeit allein in Nordrhein-Westfalen genehmigt worden sind, obwohl Sie behauptet haben, dass gar nichts mehr gehe? Die doppelte Anzahl: 38 Anlagen!

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Es sind doppelt so viele wie in diesen fünf Ländern zusammen. Hören Sie doch auf, uns für dumm zu verkaufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zurück zum Landesentwicklungsplan: Ebenso sind die Vorgaben bei der Flächennutzung an die Realitäten anzupassen. Einerseits enthält der bisherige LEP einen Bezug auf die Größe unseres Landes, den enormen Nachholbedarf hinsichtlich sicherer Arbeitsplätze – ich habe das gerade ausgeführt – und im Vergleich zu den anderen großen Bundesländern ein extrem enges, von Ihnen vorgegebenes Korsett von 5 ha.

Ich will Ihnen nur einmal den Vergleich darstellen. Bayern hat im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen rund 30 % weniger Einwohner, verbraucht aber täglich 130 % mehr Fläche, als Sie es für Nordrhein-Westfalen vorgegeben haben. Das sage ich nur, damit wir einmal einordnen, worüber wir sprechen und welche Denkverbote Sie sich selbst gesetzt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bemerkenswert ist auch: In demselben von Ihnen beschlossenen Landesentwicklungsplan werden andererseits für landesbedeutsame Ansiedlungen Flächenverbräuche von 80 ha als Mindestgröße vorausgesetzt. Das ist dann wieder beachtlich.

Beides passt aber längst nicht mehr in eine ebenso dynamische wie umweltgerechte Landesentwicklung mit nachhaltig sparsamem Flächenverbrauch.

So war für uns jetzt bei der Ansiedlung der dem Klimaschutz dienenden Batteriezellenforschungsfabrik von entscheidender Bedeutung, dass wir schnell eine 20 ha große Fläche für die Forschungsfabrik in Münster sowie weitere Flächen in Ibbenbüren für die Recyclingforschung in Aussicht stellen konnten, ohne abwarten zu müssen, bis andere frei werdende Industriebrachen wiederhergestellt sind, wofür regelmäßig viele Jahre benötigt werden.

Gleichsam hätte die Vorgängerregierung HARIBO nicht nach Rheinland-Pfalz ziehen lassen müssen, sondern stattdessen in Euskirchen ansiedeln können,

(Beifall von der CDU und der FDP)

wenn man sich mit weniger als den für landesbedeutsame Flächen bislang vorgegebenen 80 ha zufriedengegeben hätte. – Es wäre übrigens nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern, wie ich weiß, auch für HARIBO besser gewesen. Aber das nur am Rande.

Wir machen nun mit der Absenkung der Vorgabe auf 50 ha den Weg für nachhaltige Lösungen frei.

Gleichzeitig arbeitet meine geschätzte Kollegin Frau Heinen-Esser für die Landesregierung an Vorschlägen, um kluge Anreize für einen sparsamen Flächenverbrauch vorzusehen. Dies hilft Mensch und Umwelt – durch die flexible Nutzung von Chancen für Arbeit dann, wenn sie sich bieten, und durch einen sparsamen Umgang mit Umwelt und Natur.

Gleiches gilt für den längeren Planungshorizont für die Bereitstellung von Baustoffen. Wiederholt ringt der Landtag um bessere Bedingungen am Wohnungsmarkt. Benötigt wird mehr und energetisch effizienter sowie zugleich bezahlbarer Wohnraum. Kommen die dafür notwendigen Baustoffe nicht aus unserer Region, müssen sie über weite Entfernungen – etwa aus Mittel- und Osteuropa – antransportiert werden. Dies gilt auch für unsere niederländischen Nachbarn. Das macht aber das Bauen teurer und belastet unser Klima mehr.

Auch hier ist eine Regelung mit Maß und Mitte und mit verbindlichen Moderationsverfahren einer den Flächenverbrauch begrenzenden vorrangigen Ausschöpfung vorhandener Gruben überlegen. Genau darauf haben wir uns hier verständigt, und das wollen wir umsetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der neue LEP – das habe ich bei Herrn Herter gerade vermisst, muss ich ganz ehrlich sagen – ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Er kommt ja noch mal dran!)

– Ja, er kommt noch mal dran.

... dient dem zur schnelleren Erreichung der Klimaziele notwendigen Strukturwandel im Rheinischen Revier.

(Zuruf von René Schneider [SPD])

Wir unterstützen in dem LEP mit einem neuen Grundsatz die regionale Zusammenarbeit, die Konzeptentwicklung und die Flächenbereitstellung in dieser Region. Das hilft, Strukturbrüche zu vermeiden, und fügt sich in die zahlreichen weiteren Aktivitäten der Landesregierung für das Rheinische Revier wie auch für die Steinkohlekraftwerksstandorte im Ruhrgebiet ein.

Es ist unser Ziel, den Rhein-Ruhr-Raum zur Innovationsregion für die Energieversorgung der Zukunft sowie eine klimaneutrale Industrie zu entwickeln.

Herr Herter, ich möchte Ihnen mit Blick auf die heutige Ausgabe der „WAZ“ auch noch etwas sagen. Sie werfen uns irgendwelche Entfesselungen, „Privat vor Staat“ usw. vor.

(Marc Herter [SPD]: Ja, jetzt bin ich gespannt!)

Diese Arie kennen wir ja. Würdigen Sie doch einmal, was heute in der „WAZ“ steht. BP arbeitet mit uns im Rahmen des Entfesselungspaketes III zusammen. Es geht darum, wie wir Genehmigungen am Standort Nordrhein-Westfalen beschleunigen können – so, wie es uns jetzt mit Lanxess gelungen ist; da haben wir von 20 Monaten auf 12 Monate reduziert. Wir sind in engen Abstimmungen mit BP – übrigens nicht nur mit den Vorständen. Ich habe jüngst vor 100 Betriebsräten gesprochen, die sehr interessiert daran sind, wie sich Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt,

und die dankbar sind, dass wir einer solchen Branche, die einen tief greifenden Umbauprozess vollzieht, um klimaneutral zu werden, hier auch eine Perspektive geben.

(Marc Herter [SPD]: Selbstverständlich!)

Wenn diese Industrie aber klimaneutral werden will, braucht sie Investitionen.

(Marc Herter [SPD]: Exakt!)

Heute verkündet BP, an unserem Standort in den nächsten Jahren 2 Milliarden Euro zu investieren,

(Michael Hübner [SPD]: Das ist doch nicht neu!)

um seine Anlagen zu modernisieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist aktive Arbeits- und Sozialpolitik, verbunden mit aktiver Umweltpolitik.

(Marc Herter [SPD]: Damit haben Sie aber nichts zu tun, Herr Pinkwart!)

Meine Damen und Herren, wenn wir über diese Themen reden, sprechen wir immer über Abwägungen.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Wir sind ein dicht besiedeltes Land. Wir haben unterschiedliche Interessen. Auch wir werden mit dem Landesentwicklungsplan, der jetzt dem Parlament vorliegt, nicht alle Anforderungen erfüllen können. Wir werden nicht alle Eingaben berücksichtigen können. Aber wir haben uns sehr darum bemüht, diesen Anforderungen in ganz großer Zahl gerecht zu werden.

Die Anhörung hat gezeigt, dass das offensichtlich gelungen ist. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders bei Frau Dr. Renz und ihrem Team bedanken ...

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister ...

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: ... und dem Parlament die Annahme des Plans empfehlen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Als nächster Redner ist für die CDU-Fraktion Herr Hovenjürgen angemeldet.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, dass ich mit einem Zitat beginne: „Der Schaukelstuhl ... kann

nicht das Wappentier Nordrhein-Westfalens werden.“ So äußerte sich der Erfinder der wahren SPD, Mike Groschek. Meine Damen und Herren, er hat recht mit dieser Aussage, dass wir das nicht hinnehmen dürfen.

(Marc Herter [SPD]: Schön, dass der Generalsekretär spricht!)

Deswegen kommt bei uns wieder das Ross in das Wappen und die Beweglichkeit in die Landesplanung. Herzlichen Dank dafür an die Landesregierung!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe mich schon ein Stück weit über die gerade geführte Diskussion gewundert, insbesondere zum Kiesabbau, insbesondere die Einlassungen von Herrn Schneider. Herr Schneider, es ist schon ein wenig befremdlich, dass Ihr Kollege Meesters, der bis zur 17. Wahlperiode hier im Landtag gesessen hat, in der Region Werbung pro Kiesabbau betreibt, während Sie sich hier an die Spitze der Gegner stellen und gleichzeitig hinnehmen, dass es zu keinem wirklichen Dialog in der Region kommt. Das ist die Wahrheit, die wir zur Kenntnis zu nehmen haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Erst fordern die Grünen im Kreis Wesel, dass wir ein Instrument wie eine Abgrabungskonferenz brauchen. Dann wird sie hier beschlossen. Daraufhin sagt man, an dieser Schauveranstaltung nehme man nicht teil. So eine unehrliche Politik habe ich in diesem Haus noch nie erlebt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Weil Sie hier beklagen, das 5-Hektar-Ziel werde aufgegeben, sei folgender Hinweis gestattet: Es geht doch nicht, dass man bei einer Versiegelung Flächen zum Ausgleich mit hineinrechnet, die teilweise bis zu 80 % dieses 5-Hektar-Ziels ausmachen. 4 von 5 ha sind also nicht versiegelt, sondern dienen dem ökologischen Ausgleich. Das ist keine Versiegelung.

Seien Sie doch ehrlich und sagen, was Sie wollen: Sie wollen Bauen in Nordrhein-Westfalen verhindern. Sie wollen Entwicklung verhindern.

Das haben Sie in einem LEP festgeschrieben, den wir heute ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und eines gilt: Bei uns haben beide, sowohl das Land als auch die Stadt, Anspruch auf Entwicklung. Die Menschen, die im ländlichen Raum wohnen, haben genauso einen Anspruch auf Teilhabe und die Möglichkeit, in ihrer Heimat zu wohnen und ihre Betriebe zu entwickeln, wie das in der Stadt der Fall ist. Das ist gesellschaftlich verantwortbare Politik. Alles andere ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie die Diskussionen vor Ort mitbekommen würden, wüssten Sie: Wir sind ja auch dafür, eine Innenentwicklung einer Außenentwicklung vorzuziehen. Wenn sich dann Sozialdemokraten in Räten gegen Verdichtung wehren, frage ich mich: Haben Sie ihnen Ihre Politik auch nicht erklärt? Und wenn sich Sozialdemokraten gegen den weiteren Ausbau von Windkraft vor Ort wehren, frage ich mich: Haben sie Ihre Politik nicht verstanden?

Ich glaube, Sie verstehen die Menschen nicht mehr. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich bin hier im Hause nicht als Gegner von Windkraft bekannt. Aber eines sage ich Ihnen auch: Wir müssen die Menschen bei dieser Entwicklung mitnehmen. Ja, wir sind technisch beim Bau von Anlagen leistungsstärker geworden. Aber die Anlagen erreichen auch Dimensionen, die den Menschen Sorgen machen. Diese Sorgen sind ernst zu nehmen. Darauf haben wir uns einzustellen. Wer Menschen nicht mitnimmt, treibt sie anderen in die Arme, die sie radikalisieren. Und das ist nicht in Ordnung. Wir müssen Menschen bei Planungen mitnehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Nehmen Sie die Menschen am Niederrhein auch mit?)

– Wir nehmen sie am Niederrhein mit. Wir wollen mit den Menschen sprechen, liebe Frau Düker. Das ist das, was Sie nicht tun.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wie bitte?)

Sie verweigern den Dialog. Ihr Planungsdezernent im RVR hat willkürlich Flächen ausgewiesen – ohne geologische Gutachten, ohne Beteiligung der Menschen vor Ort. Damit machen wir Schluss. Wir reden mit den Menschen vor Ort.

(Monika Düker [GRÜNE]: Deswegen sind alle gegen die Pläne!)

Das, was dort notwendig ist, werden wir tun. Wir werden dies im Dialog machen. Da, wo Sie nicht mehr zum Dialog fähig sind, werden wir ihn suchen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Hovenjürgen. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Herter.

**Marc Herter\*** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hovenjürgen, das ist natürlich ein sehr freundlicher Dialog, den man führen will, wenn man erst die Bedingungen zugunsten der Kiesindustrie verändert und danach anbietet, darüber zu reden, wie das dann umgesetzt wird.

(Zuruf von Charlotte Quik [CDU])

Das ist Ihre Landespolitik. Und da die örtliche Abgeordnete da oben gerade so kreischt, möchte ich doch zumindest Ihnen und den örtlichen Abgeordneten vom Niederrhein

(Unruhe – Glocke)

den Hinweis geben, dass jedenfalls Ihr Minister hier kein Wort zur Frage der Abgrabung von Kies und Sand in den Mund genommen hat. Das mag auch ein Zeichen dafür sein, wie das bewertet wird.

(Beifall von der SPD)

Wir haben gehört, dass es hier um Wertschöpfungsfragen geht. Herr Minister Pinkwart, da sind wir uns sehr einig. Es geht vor allem um die Frage, wie wir die Wertschöpfung im Bereich der Energiewirtschaft – dort erzielen wir in unserem Land im Moment noch 26 % der Wertschöpfung von ganz Deutschland – in Nordrhein-Westfalen halten können.

Dass wir sie nicht mit fossiler Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen halten können, ist doch klar. Aber dass wir sie mit regenerativer Energieversorgung halten müssen, sollte unser gemeinsames Ziel sein.

An dieser Stelle lassen Sie leider die Vorschläge vermissen. Da geht es übrigens nicht nur um Windkraftanlagen, sondern auch um Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie, im Anlagenbau sowie in der Regel- und Messtechnik. Denn alles das macht das Herz der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen aus. Es macht übrigens auch gerade in den produzierenden ländlichen Bereichen – an der Werkbank von Nordrhein-Westfalen, in Südwestfalen und anderswo – das Herz der Wirtschaft aus.

Da lässt aufhorchen, dass in Zukunft zwar ein 900-MW-Kraftwerk traditionell 1 km Abstand einhalten muss, aber eine Windkraftanlage 1,5 km Abstand einhalten muss. Daran sieht man schon, dass das, was Sie hier machen, nicht zusammenpasst.

Ihre Verheißung, dass das Ganze mit Repowering geregelt wird, ist für das Paderborner Land, Höxter und die Höhen der Haard die Verheißung, dass an dieser Stelle das Repowering stattfindet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie einmal ganz kurz überlegen, stellen Sie fest, dass Sie hier nichts anderes machen, als den weiteren Windkraftausbau über Repowering wieder da zu konzentrieren, wo heute schon Windkraftanlagen stehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist das Gegenteil dessen, was Sie hier an Verheißungen über das Land bringen.

Wir brauchen beides: Wir brauchen Repowering. Wir brauchen aber auch den Zubau in anderen Landesteilen.

(Unruhe)

Deshalb lautet unser Vorschlag, die Obergrenze in diesen Bereichen entsprechend zu setzen und damit auch für mehr Akzeptanz zu werben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Herter. – Als nächster Redner ist Herr Rasche für die FDP-Fraktion angemeldet.

**Christof Rasche<sup>\*)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine bemerkenswerte Debatte erlebt, insbesondere mit Blick auf Bündnis 90/Die Grünen und mit Blick auf die SPD. Sie wird vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen über Monate und Jahre hinweg in Erinnerung bleiben.

Zunächst zu den Grünen: 2017 hatten Sie ein miserables Wahlergebnis von 6,4 %. Sie wurden von den Menschen für eine siebenjährige –maßgeblich von den Grünen beeinflusste – Landespolitik bestraft.

Heute haben wir erlebt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen bis heute nahezu nichts geändert hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es sind die gleichen Personen, und es ist der gleiche Redestil: von oben herab über die Bürgerinnen und Bürger hinweg, wenig ehrlicher Inhalt,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Unverschämtheit!)

verbunden mit ungeheuren Vorwürfen, lieber Herr Becker. So ist die grüne Politik in Nordrhein-Westfalen geblieben. Die Menschen werden das merken.

(Beifall von der FDP)

Sie sollten sich nicht auf die Luftblase der hohen Umfragewerte verlassen; denn insbesondere die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben sieben Jahre lang gespürt, was mit ihren Chancen und Möglichkeiten passiert, wenn die Grünen in Regierungsverantwortung sind.

(Zurufe von Norwich Rüße [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Zum Thema „Windkraft“ hat der Minister alles gesagt. Der Unterschied ist: Wir unterstützen die Windkraft und fördern sie. Aber wir fördern sie dort, wo sie passt und hingehört. Das ist nicht der Arnberger Wald, wo man seitens der Grünen und der SPD in einem bestehenden Wald einen Industriepark mit

Bäumen realisieren will. Nein, dort werden wir die Windräder verhindern.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Da, wo sie sinnvoll sind, werden wir sie aber auch ermöglichen.

Die richtige Balance zwischen Ökologie und Ökonomie ist unsere Grundlage für Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik.

Sie haben davon gesprochen, dass wir zuhören und mit den Menschen reden sollten, um dann zu entscheiden. Genau das tun wir. Reihenweise haben wir mit Arbeitnehmervertretern gesprochen – mit Betriebsräten, mit Gewerkschaften, mit der IG BCE.

Ich kann mich gut daran erinnern, dass diese Leute – zum Beispiel Betriebsräte der Erwitter Zementwerke – bei Norbert Römer gewesen sind, als er noch Fraktionsvorsitzender war. Er hat auch mit ihnen geredet, aber nicht ein einziges Argument von ihnen aufgenommen, geschweige denn in Regierungshandeln verwandelt.

(Marc Herter [SPD]: Er hat das geregelt!)

Sie sind mit hängenden Köpfen aus dem Landtag herausgegangen, weil sie sich – und das waren Betriebsräte von vier Industriebetrieben – auf diese Politik nicht mehr verlassen konnten.

(Marc Herter [SPD]: Einfach falsch!)

Deswegen wollten diese Menschen auch einen Politikwechsel.

Mike Groschek hat das als damaliger Landesvorsitzender zusammengefasst. Er hat von einer „Durchgrünung“ des Landes gesprochen.

Die SPD hätte heute die Chance gehabt, sich von dieser überzogenen grünen Politik während ihrer Regierungsverantwortung zu lösen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Diese Chance hätten Sie heute gehabt. Sie haben sie nicht genutzt. Im Gegenteil: Sie haben den Menschen in Nordrhein-Westfalen heute die Botschaft vermittelt, dass die SPD, wenn sie noch einmal in der Verantwortung wäre, es wieder so machen würde.

Das werden sich die Menschen merken, auch für die nächsten Wahlen. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall von der FDP und Daniel Sieveke [CDU])

Wir nehmen im Gegensatz dazu die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ernst. Diese haben am 14. Mai 2017 entschieden: Wir wollen eine andere Politik bei der inneren Sicherheit, bei der Bildung, bei den Hochschulen und in der Wirtschaft.

Genau das setzen wir verantwortlich um. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Rasche. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Minister, Sie haben eben davon gesprochen und zitiert, was kommunale Spitzenverbände sagen. Ich sage Ihnen: Alle kommunalen Spitzenverbände haben im Zusammenhang mit der 1.500-Meter-Regelung ausweislich des Anhörungsprotokolls erklärt, dass dies schädlich sei, Rechtsunsicherheit schaffe, Investitionsunsicherheit verursache und nicht in Übereinstimmung mit dem Baugesetzbuch stehe.

(Beifall von den GRÜNEN und Marc Herter [SPD])

Hören Sie auf die kommunalen Spitzenverbände.

Zweite Bemerkung: Sie werfen immer gerne genehmigte Anlagen, geplante Anlagen und ans Netz gegangene Anlagen durcheinander. Tatsache ist, dass Nordrhein-Westfalen hinter Ländern wie Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bei ans Netz gegangenen Anlagen klar zurückliegt.

(Christof Rasche [FDP]: Unfassbar! – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Tatsache ist, dass Sie bei allen drei Kategorien weit hinter der rot-grünen Zeit zurückliegen und gerade einmal knappe 20 % dessen schaffen, was in der rot-grünen Zeit geschafft worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Tatsache ist auch, dass alle Experten sagen, die 1.500-Meter-Regelung werde – wenn sie nicht durch Klagen fällt – dazu führen, dass nur noch ein Drittel der Potenziale für Windkraft in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind. Sie wollen also mit einem Drittel der Potenzialflächen eine Verdopplung schaffen. Das ist Ihre Rechenkunst. Die können wir nicht nachvollziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, des Weiteren ist es so – darauf will ich noch einmal hinweisen –, dass Sie nach meiner Wahrnehmung auch an einer anderen Stelle mit den Zahlen – wir können es im Protokoll nachsehen – gefuscht haben. Ich sage das bewusst so deutlich.

Sie haben ausgeführt, Sie wollten in den nächsten Jahren Photovoltaikanlagen in der Größenordnung von 11 GW zubauen. Tatsache ist: In Ihrer eigenen

Energiestrategie steht, dass Sie von 5 GW auf 11,5 GW ausbauen wollen. Sie wollen also 6,5 GW und nicht 11 GW zubauen. Schauen Sie noch einmal in Ihre eigene Strategie, und dann lassen Sie uns das einmal klären.

Meine Damen und Herren, Sie haben alle mehrfach davon gesprochen, wer auf die Bürger höre und wer von oben herab regiere. Ich sage: Von oben herab regieren diejenigen, die den Niederrhein auskiesen wollen. Von oben herab regieren diejenigen, die den Nationalpark Senne streichen wollen, obwohl 85 % der Menschen dagegen sind. Von oben herab regieren diejenigen, die die industrielle Massentierhaltung im Außenbereich erleichtern wollen, obwohl die Bevölkerung gegen immer mehr industrielle Massentierhaltung ist.

Alles das tun Sie. Damit regieren Sie gegen die Bevölkerung vor Ort.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Becker, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Frey-nick von der FDP-Fraktion?

**Horst Becker (GRÜNE):** Selbstverständlich.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Frey-nick.

**Jörn Frey-nick (FDP):** Herr Kollege, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich komme aus einer Stadt, die sich Bornheim nennt und 50.000 Einwohner hat. Dort wird im Moment überlegt, ob man Windenergieanlagen zulässt, die 240 m hoch sind und 700 m an die Wohnbebauung heranreichen. Glauben Sie, dass solche Vorgaben in der Bevölkerung Akzeptanz finden?

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Kollege, wenn Sie bei der Anhörung gut zugehört hätten – ich komme noch einmal auf das Thema „Zuhören“ zurück –, dann wüssten Sie, dass die kommunalen Spitzenverbände darauf hingewiesen haben,

(Dietmar Brockes [FDP]: Ihre Meinung?)

dass in einem normalen Genehmigungsverfahren ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Frage!)

– Nun hören Sie doch wenigstens jetzt mal zu.

(Zurufe von der FDP)

... all diese Dinge abgewägt werden, dass genau die Frage von Höhen und Abständen, von Emissionen

und von Belastungen abgewägt wird und nicht sinnvollerweise durch eine feste 1.500-Meter-Regelung zu ersetzen ist,

(Dietmar Brockes [FDP]: Nicht beantwortet!)

weil die nämlich nicht sachgerecht ist.

Sie können all diese Kriterien bei sich zu Hause in eine Abwägung einbringen, anstatt mit einer starren Vorgabe von 1.500 m eine sinnvolle und für unser Land notwendige Energieform zu fesseln.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Becker. – Nun hat für die AfD-Fraktion Herr Loose das Wort.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt eines gelernt haben, dann, dass die Grünen den Kiesabbau reduzieren, verhindern wollen. Kies wird zum Beispiel für Beton gebraucht und Beton für Windräder, Herr Becker. Sie wollen also Windräder bauen, aber den Kiesabbau reduzieren.

Die SPD will es im Grunde auch. Von der SPD haben wir gelernt: Nein, nein, Repowering erlauben CDU und FDP noch, und das würde dann das Paderborner Land verschandeln. – Nein, Sie wollen das gesamte Land verschandeln. Das ist nicht nur hart, das ist sogar Herter.

Wir haben einen Zuwachs von Waldflächen nicht nur in Deutschland generell, sondern auch in NRW. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir haben auch einen Zuwachs von Siedlungsflächen, wo die Menschen jetzt bauen können. Das begrüßen wir ebenfalls.

Übrigens: Zum Bauen, liebe Grüne und liebe SPD, braucht man auch Kies. Auch dafür braucht man entsprechende Baumaterialien und Sand. Auch das wollen Sie verhindern.

Industrieflächen liegen zum Teil brach. Zum Teil wird es da auch neue Flächen geben.

Was allerdings schrumpft, sind zum Beispiel die Weideflächen, und Windräder konkurrieren mit Wäldern, aber auch zum Beispiel mit Weideflächen. Auch eine natürliche Landwirtschaft braucht Weideflächen. Denn dort, wo Windräder stehen, stehen in der Regel keine Kühe.

Windräder können auch ...

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, Sie können ja mal die Norweger fragen. Es gab von der UN eine Resolution, dass die Samen geschützt werden sollen. Sie müssen sich vorstellen,

wie die Vibrationen, der Druck etc. auf die Kühe wirken. Das mögen die Kühe nicht. Das ist leider eine Tatsache. In Norwegen wurde deswegen entsprechend für die Samen gekämpft, die dort mit der Rentierzucht Probleme haben.

Windräder können Menschen krank machen. Es gibt dazu mehr als 1.000 Bürgerinitiativen in Deutschland. Die „FAZ“ vom 07.07. titelt: „Gesundheitsrisiko Aufstand gegen die Windkraft“. Kopfschmerzen, Herzrasen und Schlafstörungen – ja, liebe Grüne, das ist das, was Sie mit Ihren Windrädern erreichen. Es gibt mehr als 1.000 Bürgerinitiativen. Anwohner klagen über unzumutbare Eigentumsbeeinträchtigungen. Da heißt es: Mehrere Windräder liegen weniger als 1.000 m vom Haus entfernt. Der Wertverlust der Immobilie beträgt 100 %.

Wer von Ihnen lebt denn eigentlich so nah an Windrädern? Ich komme zum Beispiel aus der Stadt Bochum. In Bochum haben wir ja auch drei SPD-Abgeordnete, die immer wieder nach neuen Windrädern rufen. Aber es gibt kein einziges Windrad in Bochum.

Fachleute – „FAZ“-Artikel – werfen der Politik und den Unternehmen der Branche eine gezielte Desinformation vor, Fake News also. Niederfrequente Schwingungen, die vom Ohr nicht mehr wahrgenommen würden, erzeugten bei empfindsamen Menschen Stressreaktionen, sagen die Ärzte für Emissionsschutz. Jeder Durchgang eines Rotorblattes führe zu einer Druckwelle. Hinzu kämen die Vibrationen der Windkraftanlagen (Körperschall), die sich vom Fundament über den Boden ausbreiten. Es wird beklagt, in Wohnungen wird bisher gar nicht gemessen, obwohl der Schall in Innenräumen aufgrund von Schallreflexionen und Überlagerungen zu überhöhten Schalldruckwellen führen kann. Die Behörden sagen, das sei gesundheitlich unbedenklich. Aber Arbeiten von Universitäten, Ärzten und Forschungsgruppen sehen das teils anders.

Das steht in der „FAZ“. Das kommt nicht von der AfD.

Die Umweltverbände schweigen hier und lassen die Menschen dort im Stich.

(Markus Wagner [AfD]: Nicht nur dort!)

Windräder können also Menschen krank machen. Windräder können Vögel töten. Windräder können Insekten töten und auch Fledermäuse. Damit greifen die Windräder in die Natur ein und fördern leider auch das Artensterben. Dabei ist es völlig egal, ob es sich um ein neues Windrad handelt, das da gebaut wird, liebe SPD, oder ob es sich um ein repowertes Windrad handelt, liebe CDU und liebe FDP.

Deshalb: Sorgen Sie dafür, dass die Menschen und die Natur geschützt werden, und stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. – Danke.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Nun hat sich für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Professor Dr. Pinkwart zu Wort gemeldet.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da sich die Beiträge der Opposition wesentlich auf die Windkraft bezogen haben, was auch darauf schließen lassen könnte, dass Sie mit dem Rest gar nicht unzufrieden sind – aber das will ich jetzt gar nicht unterstellen –, will ich versuchen, Folgendes noch einmal ein bisschen zurechtzurücken: Lieber Herr Herter, Sie bringen ein Beispiel. Sie sagen, ein 900-MW-Kraftwerk ...

(Marc Herter [SPD]: Bis zu, habe ich gesagt!)

– Bis zu 900-MW-Kraftwerk, 1.000 m.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Eine Windkraftanlage 1.500 m. Damit Sie 900 MW Strom über Wind erzeugen können, brauchen Sie bei einer Nabenhöhe von heute 250 m, also 4,5 MW – dann haben Sie schon eine sportliche Anlage –, 200 Anlagen.

(Marc Herter [SPD]: Ja, selbstverständlich!)

Die müssen Sie sich dann bitte mal 250 m hoch vorstellen, und dann denken Sie bitte noch einmal neu über den Abstand nach.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Das hat überhaupt nichts damit zu tun!)

Zu Herrn Becker wollte ich nur zur Aufklärung beiträgend noch einmal sagen: Ich hatte am Mittwoch wie heute davon gesprochen, dass wir Wind wie Solar verdoppeln wollen bis 2030. Das bedeutet in der Summe ein Mehr von 11 GW, nicht Megawatt, sondern Gigawatt.

Dem, was Sie bezogen auf die Genehmigungen gesagt haben, konnten Sie ja nichts entgegenstellen, denn das ist ja die Statistik. Sie haben gesagt: Gut, genehmigt ist genehmigt.

Aber was wird gebaut? – Das kann ich Ihnen auch sagen.

Ausweislich der Windkraftindustrie, die ja sehr schöne Statistiken auch online bereithält, hat man das sofort verfügbar. In diesem Jahr sind bisher in Baden-Württemberg 3,3 MW gebaut worden; da stellen Sie den Ministerpräsidenten. In Hessen ist überhaupt nichts gebaut worden. Da wurde schon wenig genehmigt. Das heißt, da wird auch späterhin wenig gebaut werden. Aber hier ist auch nichts gebaut worden. In Schleswig-Holstein sind immerhin 15 MW ge-

baut worden. Das sind zusammen 18,3 MW. In Nordrhein-Westfalen waren es in diesem Jahr schon 24,5 MW. Also auch da treffen Ihre Zahlen leider nicht zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben jetzt vier Abstimmungen zu absolvieren.

Die erste Abstimmung findet statt über den Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/6863. Die Fraktion der AfD hat beantragt, dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan mit den in Drucksache 17/6863 genannten Maßgaben zuzustimmen. Wer also stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten Neppe und Pretzell ist der **Antrag Drucksache 17/6863** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über die Zustimmung zu den Vorlagen 17/1831 und 17/1832. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung empfiehlt in Drucksache 17/6791, die mit den Vorlagen 17/1831 und 17/1832 durch die Landesregierung beantragte Zustimmung zu dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen zu erteilen.

Wer also stimmt diesen Vorlagen zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die beiden fraktionslosen Abgeordneten. So wird es notiert. Damit haben die beiden **Vorlagen 17/1831 und 17/1832** die Mehrheit des Hohen Hauses bekommen, und die **Zustimmung** ist **erteilt**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/6788. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Grüne und AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Nicht. Damit hat der **Entschließungsantrag Drucksache 17/6788** keine Mehrheit bekommen und ist mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/6850. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen, Herr Neppe und Herr Pretzell, stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist der **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/6850** mit breiter Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf:

## 2 Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4453

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Wissenschaftsausschusses  
Drucksache 17/6724

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Déus.

(Unruhe)

– Darf ich um ein bisschen mehr Ruhe im Plenarsaal bitten, auch beim Herausgehen, meine Damen und Herren? Es ist gut, wenn der Redner, der jetzt das Wort hat, auch entsprechend das Wort an seine Kolleginnen und Kollegen richten kann. – Bitte schön, Herr Déus.

**Guido Déus** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion wurde vom Plenum am 13.12.2018 an den federführenden Wissenschaftsausschuss und an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Mitberatung überwiesen.

Ich möchte nun meine Redezeit ungern mit den Einzelheiten des Beratungsverlaufs vertun. Nicht unerwähnt lassen möchte ich jedoch, dass die SPD-Landtagsfraktion leider zu keinem Zeitpunkt die Bereitschaft erklärt hat, den Antrag von CDU und FDP, der da lautet „Studentisches Wohnen für die Zukunft in Nordrhein-Westfalen stärken und Perspektiven entwickeln“, gemeinsam mit dem SPD-Antrag zu beraten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre pragmatisch, und das wäre auch im Sinne der Sachverständigen gewesen, die so leider zweimal anreisen mussten.

Diese und weitere Expertengespräche haben unsere Auffassung vollumfänglich bestätigt, dass es beim studentischen Wohnen nicht allein um den Gesamtinvestitionsbedarf für Neubauten und Sanierungen geht. Die Gesamtthematik ist wesentlich komplexer. Ebenso wenig wie der Sanierungsstau eben